

# Wissenschaftsrat

---

## Pressemitteilung

15/93

Köln, den 19.7.1993 ste

### **Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Aufnahme der TU Cottbus in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes**

Der Wissenschaftsrat hat eine Stellungnahme zur Technischen Universität Cottbus abgegeben und ihre Aufnahme in das Hochschulverzeichnis des Hochschulbauförderungsgesetzes rückwirkend zum 1. Januar 1993 empfohlen. Mit der Neugründung dieser Hochschule verbindet das Land Brandenburg die Absicht, einen regionalen Bedarf an universitärer Forschung und Ausbildung im ingenieurwissenschaftlichen Bereich zu decken. Die TU soll im Endausbau über rund 6.250 Studienplätze verfügen und zunächst Diplom-Studiengänge in den Fächern Mathematik, Informatik, Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinenbau, Elektrotechnik, Umweltingenieurwesen und Verfahrenstechnik sowie Wirtschaftsingenieurwesen anbieten.

Nachdem das Land sein Ausbauziel für die Hochschulen auf Empfehlung des Wissenschaftsrates überprüft und modifiziert hat, sind die Planungen für die TU Cottbus in einen Gesamtrahmen eingeordnet, der bei 34.400 Studienplätzen bis zum

---

Bei Abdruck Belegexemplar erbeten an: Dr. Michael Maurer  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln  
Rückfragen bitte an: 0221/3776 - 229

Jahr 2000 einen Fachhochschulanteil von rund 13.600 Studienplätzen vorsieht. Nach Auffassung des Wissenschaftsrates darf der Aufbau der TU keinesfalls zu Lasten der neugegründeten Fachhochschule Lausitz gehen; vielmehr wird dringend empfohlen, daß beide Hochschulen intensive Kooperationsbeziehungen aufbauen, um sich gegenseitig ergänzende Schwerpunkte zu bilden und differenzierte Profile zu entwickeln. Außerdem weist der Wissenschaftsrat auf den Abstimmungsbedarf mit den Ländern Berlin und Sachsen hin, der insbesondere für die Naturwissenschaften und die Ingenieurwissenschaften besteht.

Für die Fakultät für Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik empfiehlt der Wissenschaftsrat, den Vollausbau der Physik zunächst zurückzustellen; erst nachdem sowohl mit dem Diplom-Studiengang Physik in Potsdam als auch mit dem Teilausbau der Physik in Cottbus über einen mehrjährigen Zeitraum Erfahrungen gesammelt worden sind, sollten Land und Hochschule erneut über einen Vollausbau in Cottbus beraten. Mit dem Land stimmt der Wissenschaftsrat darin überein, daß der Vollausbau der Chemie in Cottbus nicht erfolgen soll.

Der Wissenschaftsrat begrüßt die Absicht des Landes, die Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen fachlich stärker miteinander zu verbinden; dazu bedarf es jedoch einer entsprechenden Konkretisierung der Studiengangskonzeptionen. Die auf den Baubereich ausgerichteten Professuren in anderen Fakultäten sollten der Fakultät für Architektur und Bauingenieurwesen zugeordnet werden, deren Gesamtprofessorenzahl um ein Viertel reduziert werden sollte. Im Bereich Architektur und Bauingenieurwesen ist eine besonders intensive Kooperation mit der Fachhochschule Lausitz notwendig. Zur Vermeidung von Überkapazitäten in diesen Fächern empfiehlt der Wissenschaftsrat eine deutliche

Reduzierung der geplanten Studienplatzkapazitäten an der TU. Mit Blick auf den breit ausgebauten Schwerpunkt Verkehrswesen an der TU Dresden wird empfohlen, an der TU Cottbus das geplante Institut für Verkehrswesen nicht aufzubauen, sondern sich auf das notwendige Standardlehrangebot in diesem Bereich zu beschränken.

Die Fakultät für Maschinenwesen und Elektrotechnik sollte sich auf Energietechnik, Produktions- und Konstruktions-technik und daran ausgerichtet auf Elektrische Energietechnik und vorzugsweise Kommunikationstechnik als Basis zur angestrebten stärkeren Zusammenführung der beiden Disziplinen Maschinenbau und Elektrotechnik konzentrieren. Hingegen sollte auf den gesamten Bereich der Fahrzeugtechnik verzichtet werden. Die Studiengangskonzeptionen bedürfen einer stofflichen Entschlackung und sollten auf den notwendigen Kompetenzerwerb eines Generalisten mit einer begrenzten Anzahl von Vertiefungsrichtungen konzentriert werden. In diese Fakultät sollten die technikbezogenen Fächer der geplanten Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften ebenso integriert werden wie das Institut für Wirtschaftswissenschaften, das den Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen entscheidend mittragen soll. Für diesen Studiengang sieht der Wissenschaftsrat bei den geplanten Studienrichtungen Baubetrieb und Umwelttechnik ein nicht abschließend zu beurteilendes Arbeitsmarktrisiko für die Absolventen und bittet deshalb das Land, diese Planung zu überprüfen.

Die Fakultät für Umweltwissenschaften sollte sich in Forschung und Lehre noch stärker auf die Verfahrenstechnik hin ausrichten und bei der Widmung der Professuren Fragestellungen wie ökologische Produktion und umweltverträgliche Produktentwicklung berücksichtigen. Diese konzeptionelle Profilierung sollte Niederschlag in einer entsprechenden Bezeichnung der Institute finden; die Fakultät sollte in ihrer Namensgebung Umweltwissenschaften und Verfahrenstech-

nik zum Ausdruck bringen. Zudem wird empfohlen, das Studiengangskonzept entsprechend zu überarbeiten und dabei eine deutliche stoffliche Entlastung vorzunehmen. Die gegenwärtig geplante Kapazität von rund 1.120 Studienplätzen für diese Fakultät erscheint überdimensioniert und sollte überprüft werden.

Den Planungen zum Aufbau einer Fakultät für Philosophie und Sozialwissenschaften schließt sich der Wissenschaftsrat nicht an. Er empfiehlt statt dessen, die Professuren, die ihren fachlichen Schwerpunkt in einer anderen Fakultät haben, dorthin zu verlagern. Das vorgelegte Konzept für ein Institut für Bildungs- und Sozialwissenschaften wird nicht als tragfähig erachtet, so daß das Land gebeten wird, vom Aufbau dieses Institutes abzusehen. Das als Teil dieser Fakultät geplante Sprachenzentrum wird vom Wissenschaftsrat befürwortet und sollte als Zentrale Einrichtung der Universität aufgebaut werden. Durch eine verbesserte Personalausstattung sollte ein Fachsprachenangebot ermöglicht werden.

Bei der räumlichen Unterbringung der Hochschule besteht nach Einschätzung des Wissenschaftsrates gegenwärtig ein deutliches Defizit bei Labor- und Praktikumsflächen, auf deren Schaffung sich die nächsten Ausbauschritte konzentrieren sollten. Die Attraktivität der Technischen Universität Cottbus für Wissenschaftler und Studenten wird maßgeblich davon abhängen, ob es in absehbarer Zeit gelingt, im Zuge des personellen Aufbaus auch angemessene Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Hinweis:

Der vollständige Text der Stellungnahme (Drs. 1210/93, ca. 80 Seiten) kann bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates angefordert werden. Bitte nur schriftliche Bestellungen z. Hd. von Frau Steffen.